



7. EUROPÄISCHER GESUNDHEITSKONGRESS MÜNCHEN, 9. UND 10. OKTOBER 2008

GKV-Beitragssatzhöhe: Bedarfsgerecht oder politisch festgelegt?

BERLIN/MÜNCHEN (22. September 2008). Die Gretchenfrage lautet nicht mehr: Kommt der Gesundheitsfonds oder kommt er nicht? Das Interesse gilt nun der künftigen Beitragssatzhöhe in der gesetzlichen Krankenversicherung und der Frage: Wird diese von der Bundesregierung bedarfsgerecht oder politisch festgelegt? Davon zeigt sich Professor Günter Neubauer, wissenschaftlicher Leiter des Europäischen Gesundheitskongresses am 9./10. Oktober in München, überzeugt.

Die Erwartungen könnten kaum unterschiedlicher sein: Während die Arbeitgeber von einem Beitragssatz zur GKV von „unter 15 %“ ausgehen, rechnen Vertreter der Krankenkassen und Leistungserbringer mit einem Satz von 15,5 bis 15,8 %. Aktuell liegt der Beitragssatz zur Gesetzlichen Krankenversicherung bei 14,9 %.

„Die Bundesregierung steht vor einem Dilemma“, sagt der Münchner Gesundheitsökonom Professor Günter Neubauer. Lege sie einen Beitragssatz von 15,5 % oder darüber fest, belaste sie die Bundesbürger mit neuen Kosten. Setze die Regierung den Beitragssatz zu niedrig an, führe das dazu, dass die Kassen schon bald Zusatzbeiträge für ihre Versicherten erheben müssten, weil sie mit dem zur Verfügung stehenden Geld nicht auskommen. Bereits im ersten Halbjahr 2008 mussten die Kassenvorstände ein Defizit von rund 940 Millionen Euro verbuchen. Aus Sicht der Leistungserbringer – Ärzte wie Krankenhäuser – würde ein niedriger Beitragssatz wiederum bedeuten, dass „sie auf ihren Forderungen sitzen bleiben“, sagt Neubauer.

Neubauer selber hält einen Beitragssatz in Höhe von 15,5 % für „bedarfsgerecht“. „Die Ärzte sollen zweieinhalb Milliarden Euro mehr bekommen, die Krankenhäuser drei Milliarden und obendrein sollen 21.000 neue Krankenschwestern mit Kosten von rund 700 Millionen durch die Kassen bezahlt werden.“ Diese und weitere Posten ließen sich mit 15 % und weniger auf Dauer nicht solide finanzieren. „Ich fürchte aber trotzdem, dass die Regierung den Beitragssatz eher niedrig ansetzt, weil sie die Wähler nicht zu sehr aufschrecken will.“ Seine Prognose: 15,3 %.

Auf dem **7. Europäischen Gesundheitskongress München**, der nur einen Tag nach Bekanntgabe des künftigen Einheitsbeitragssatzes startet, will Neubauer gemeinsam mit Spitzenvertretern der Politik, der Krankenkassen und der Leistungserbringer über die Folgen des Gesundheitsfonds diskutieren. „Hier sind ja alle unterschiedlichen Interessen vertreten – und das macht diesen Kongress so spannend.“

Quelle: WISO S.E. Consulting GmbH, Presse Thomas Hommel, Mail: presse@wiso-gruppe.de, Internet www.wiso-gruppe.de

Informationen & Anmeldung zum Kongress: www.gesundheitskongress.de